



PREKÄRE ARBEIT
betrifft uns alle

Prekäre Arbeit betrifft uns alle

© 2008, Internationaler Metallgewerkschaftsbund

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund vertritt die kollektiven Interessen von 25 Millionen Metallarbeitnehmern in über 200 Gewerkschaften in 100 Ländern.

Internationaler Metallgewerkschaftsbund (IMB)
54-bis, route des Acacias
Case Postale 1516
CH-1227 Genf, Schweiz
E-Mail: info@imfmetal.org
www.imfmetal.org

Mitarbeit: Brendan Martin, Jenny Holdcroft, Johann Horn, Kapita Tuwizana, Kristyne Peter, Maria Kurzina, Rory O'Neill und Valeska Solis

Herausgeberin: Anita Gardner
agardner@imfmetal.org

Gestaltung: Mary Schrider
mary@hazards.org

Druck: Drukkerij Lannoo
www.lannooprint.com

Verfügbar in Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Japanisch, Russisch, Spanisch und Schwedisch.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit:



decent work
decent life



WER DIE ZECHEN ZAHLT

Kein Recht auf sichere Arbeit und keine Rechte bei der Arbeit. **4/5**

KEINE RECHTE

Unterstützt von den Regierungen wälzen die Unternehmen ihre Risiken auf die Beschäftigten ab. **6/7**

ORGANISIERT EUCH

Gemeinsam können die Arbeitnehmer die Bedingungen für alle verbessern. **8/9**

DAUERHAFT LÖSUNG

Tarifverträge für alle Arbeitnehmer. **10/11**

DIE BALANCE ZURÜCKEROBERN

Politische Kampagnen für den Arbeitnehmerschutz. **12/13**

Globale Einheit

Der Kampf um Arbeitsnormen, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung. **14/15**



FOTO: IMB

Prekäre Arbeit.

Wer braucht sie?

Bei der Globalisierung geht es nicht nur darum, auf welche Art und Weise Dinge hergestellt, verkauft und gekauft werden. Es geht auch um Menschen. Transnationale Unternehmen wollen billige und flexible Arbeitskräfte. Deshalb sind sie von gesicherter zu ungesicherter Arbeit übergegangen — und die Arbeitsplätze werden immer „prekärer“. Aus diesem Grund gibt es heute immer mehr befristete Stellen, Gelegenheitsjobs, Teilzeitbeschäftigung und Auftragsarbeit.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Seite an Seite die gleiche Arbeit verrichten, teilen womöglich alles außer ihrer Arbeitsplatzsicherheit, ihren Lohn und ihre Arbeitsbedingungen. Manche verdienen einen Dollar am Tag und arbeiten unter schrecklichen Bedingungen. Andere haben überhaupt keine Arbeit.

Prekäre Arbeit ist für alle Arbeitnehmer schlecht. Sie schafft Billigarbeit, die die Löhne aller nach unten treibt. Sie vergrößert die Kluft zwischen Reich und Arm. Und sie fördert unfaire Methoden, durch die Frauen, junge Menschen und Migranten ohnehin schon benachteiligt werden — Gruppen also, die am ehesten in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind.

Das Problem geht uns alle an, denn der sichere Arbeitsplatz von heute könnte der befristete Vertrag von morgen sein.

So muss es nicht sein. Gute Arbeit ist möglich — und dafür setzen sich die Gewerkschaften ein. Auf der ganzen Welt mobilisieren, organisieren und verhandeln die Gewerkschaften, um bessere und sichere Arbeitsplätze durchzusetzen. Das bedeutet, die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen herauszufordern, unter denen prekäre Arbeit gedeihen kann. Das bedeutet aber auch, weltweit zu mobilisieren und gewerkschaftliche Maßnahmen gegen prekäre Arbeit zu ergreifen.

WARUM SICH PREKÄRE ARBEIT NICHT AUSZAHLT

Prekär Beschäftigte sind konfrontiert mit:

- unsicheren Arbeitsplätzen und einer ungewissen Zukunft,
- niedrigen Löhnen,
- begrenztem oder keinem Zugang zu Sozialleistungen wie etwa Kranken- oder Rentenversicherung,
- einem erhöhtem Gesundheits- und Sicherheitsrisiko am Arbeitsplatz,
- der Verweigerung von Arbeitnehmerrechten wie dem Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen,
- der permanenten Gefahr von Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung



FOTO: LIMTENS

Wer die Zeche zahlt

Für Milliarden von Arbeitnehmern auf der ganzen Welt sind sichere Arbeitsplätze noch nie eine Option gewesen. Stattdessen haben sie nur wenige Rechte und werden kaum respektiert.

Prekäre Arbeit ist eine Epidemie, eine schlechte Beschäftigungspraxis, bei der die Arbeitgeber ihr Geschäftsrisiko auf ihre Beschäftigten abwälzen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine andere Wahl als befristete Arbeitsverträge anzunehmen. Andere werden zur Scheinselbständigkeit gezwungen — sie werden als unabhängige Subunternehmer behandelt, hängen in Wahrheit aber von einem einzigen Arbeitgeber ab. Etliche sind Gelegenheitsarbeiter oder Tagelöhner, die jeden Tag aufs Neue hoffen, Arbeit zu finden.

Das ist prekäre Arbeit: **Kein Recht auf sichere Arbeit und keine Rechte bei der Arbeit.**

Für jene, die sich ihren Lebensunterhalt mühsam zusammenkratzen müssen, bedeutet prekäre Arbeit vielleicht ein bisschen Geld, insbesondere für Frauen, die ansonsten keine Chance hätten, der Armut zu entkommen. Die wirtschaftliche Lage in ihrem Land, ihrer Gemeinde oder Familie lässt ihnen kaum eine oder gar keine Wahl.

Die Globalisierung der Investitionen und des Handels hat jenen Ländern Arbeitsplätze gebracht, die sie dringend brauchen. Aber anstatt unbefristete Vollzeitbeschäftigung gleichmäßiger auf der Welt zu verteilen, wird sie dort, wo sie existiert, unterlaufen.

Prekäre Arbeit ist ein Problem auf jedem Kontinent; sie untergräbt Löhne und Arbeitsbedingungen und droht, die arbeitende Bevölkerung zu spalten. Früher wurde es als normal angesehen, dass ein Unternehmen seinen Beschäftigten als Gegenleistung für die Gewinne etwas Sicherheit gewährte, so dass sich die Wirtschaft vor Ort entwickeln konnte. Heutzutage übertragen die Unternehmen das Risiko auf ihre Arbeitnehmer, ohne die Gewinne mit ihnen zu teilen.

Die Verlagerung der Produktion von Standort zu Standort, immer auf der Suche nach den niedrigsten Arbeitskosten, ist kein Weg hin zu einer stabilen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Aus diesem Grund:

- muss die massive Ausweitung prekärer Arbeit gestoppt werden,
- müssen die Löhne und Arbeitsbedingungen dort, wo es prekäre Arbeit gibt, an die der fest angestellten Arbeiter angeglichen werden,
- sollten Arbeitnehmer direkt angestellt und indirekte Beschäftigung unterbunden werden,
- sollte befristete Beschäftigung auf Fälle begrenzt werden, in denen sie rechtens und tatsächlich notwendig ist.

Prekäre Arbeit betrifft uns alle.





In diesem Elektrowerk in Südkorea sind nur 5% der Beschäftigten fest angestellt. Foto: KMWU

WER TRÄGT DAS RISIKO?

Neun von zehn IMB-Gewerkschaften geben an, dass **prekäre Arbeit** in den fünf Jahren vor 2006 zugenommen hat.

Junge Menschen, Frauen und unqualifizierte oder gering qualifizierte Arbeitnehmer sind besonders betroffen, gefolgt von Migranten und älteren Arbeitnehmern.

Zwei von drei Gewerkschaften geben an, dass **prekäre Arbeit immer prekärer wird** — statt befristet beschäftigtes Personal direkt einzustellen, bedienen sich die Arbeitgeber der Leiharbeitsfirmen oder Vermittlungsagenturen.

Fast die Hälfte der IMB-Gewerkschaften gibt an, dass **20-50% der Arbeitsplätze** in ihrem Organisationsbereich prekäre Arbeitsplätze sind.

Besonders betroffen ist die **Elektro- und Elektronikindustrie**, gefolgt von der Automobilbranche, dem Stahlbau, der Buntmetallindustrie und dem Maschinenbau.

Die **Nutzung von Zeitarbeit statt unbefristeter Beschäftigung** ist die häufigste Art der prekären Arbeit, von der die IMB-Gewerkschaften betroffen sind.

Quelle: *IMB-Umfrage zu veränderten Beschäftigungspraktiken und prekärer Arbeit, 2006*
www.imfmetal.org/precarioussurvey

Prekäre Arbeit in Angola

Mateus Gerónimo Francisco ist ein prekärer Arbeiter in einer angolanischen Röhrenfabrik. Mateus, ein Metallarbeiter, hat einen Drei-Monatsvertrag unterschrieben, der im September 2007 abgelaufen ist. Obwohl er auch weiterhin in der Fabrik arbeitet, wurde sein Vertrag nie erneuert.

Mateus ist einer von 50 Personen, die in der Fabrik als Gelegenheitsarbeiter beschäftigt sind. Insgesamt beschäftigt die Firma 295 Arbeitnehmer. Mateus verdient mit 230,- US\$ im Monat weniger als seine fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Von diesem Lohn muss er 55,-US\$ Miete zahlen. „Mein Lohn ist gering. Ich lebe mit meiner Frau zusammen, und obwohl auch sie arbeitet, reicht das Geld nicht aus,“ sagt Mateus. „Ich arbeite immer noch für das Unternehmen, weil es für mich die einzige Möglichkeit ist, für meine Familie zu sorgen.“

„Ich akzeptiere diese Bedingungen, weil ich anderswo keine Arbeit finden kann,“ fügt er hinzu. „Sollte ich einmal eine andere Arbeit finden, insbesondere eine unbefristete, werde ich gehen.“

Seine Chancen auf eine unbefristete Beschäftigung sind gering. Im Zuge der Deregulierung des Arbeitsmarktes wird prekäre Arbeit in Angola immer mehr zum Problem. 70% der angolanischen Männer, Frauen und jungen Menschen werden schlecht bezahlt und haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die vom Gesetz weder anerkannt noch geschützt werden.

„In meinem Land sollten mehr unbefristete Arbeitsplätze geschaffen werden,“ so Mateus. „Die angolanische Arbeiterbewegung sollte Druck auf die Regierung ausüben, damit Investitionen für die Schaffung von anständigen Arbeitsplätzen durchgeführt werden.“

Weitere Informationen unter:
www.imfmetal.org/pw1

Keine Rechte

Prekäre Arbeit nimmt weltweit zu. Die Auswirkungen können je nach den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen eines Landes zwar unterschiedlich sein, doch das Ziel der Arbeitgeber bleibt gleich: billige, flexible Arbeitskräfte, die nach Belieben geheuert und gefeuert werden können.

Viele große Markenunternehmen existieren in der Tat nur noch, um Geld zu verdienen und nicht etwa, um Produkte herzustellen. Diese Unternehmen, die früher einmal gute und sichere Arbeitsplätze boten, sind immer weniger geneigt, Arbeiternehmer einzustellen. Stattdessen stellt eine unsichtbare Armee von Unterlieferanten "ihre" Produkte her. Die meisten elektronischen Produkte werden von Subunternehmen hergestellt, die viele der großen Marken beliefern. Indem diese Unternehmen hauptsächlich junge Frauen unter prekären Bedingungen beschäftigen, ermöglichen sie ihren Kundenunternehmen, bis zu 75% der Arbeitskosten einzusparen.

Unternehmen wollen sich schnell an veränderte Marktbedingungen anpassen. Wenn ein Unternehmen also ein besseres Geschäft mit einem billigeren Subunternehmer machen kann, oder wenn es eine von einem Subunternehmer gelieferte Produktlinie unterbrechen kann, ist es einfach, die überflüssigen Arbeitskräfte loszuwerden.

Alles – von Autos bis zu Computern — besteht aus Komponenten, die von vielen verschiedenen Firmen gefertigt werden. Unbarmherzig treibt der Wettbewerb die Preise nach unten. Für die transnationalen Konzerne ist die Arbeitskraft nichts anderes als eine weitere Komponente.

Doch selbst die mächtigsten Weltkonzerne wären nicht in der Lage gewesen, dies alleine zu bewerkstelligen — sie haben Hilfe von den Regierungen und internationalen Institutionen bekommen.

Im Namen der „Flexibilisierung“ hat eine Regierung nach der anderen die Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer abgeschafft oder geschwächt. Das wiederum verleitet andere Regierungen, das gleiche zu tun oder „nicht konkurrenzfähig“ zu werden und Gefahr zu laufen, dass Investitionen abgezogen werden.

Selbst dort, wo ein Gleichgewicht der politischen oder industriellen Kräfte die Regierungen bislang daran gehindert hat, die Arbeitsgesetze zu lockern, wird der Kündigungsschutz nicht eingehalten, entweder im ganzen Land oder in „Sonderwirtschaftszonen“, mit denen die Regierungen durch niedrige Löhne, hohe Flexibilität und die Abwesenheit von Gewerkschaften versuchen, Anreize für Investitionen zu schaffen.

Und wenn die Regierungen dies nicht aus eigenem Antrieb durchführen, erzwingen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank eine Schwächung des Arbeits- und Sozialschutzes, indem die Gewährung von Darlehen von einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes abhängig gemacht wird.

Nehmen wir die Welthandelsorganisation hinzu, deren mächtigste Mitgliedsländer sich weigern, Arbeitsnormen als rechtmäßige Form des Schutzes anzuerkennen, so finden wir uns in einer Weltwirtschaft wieder, die auf weniger sozialem Wohlstand, weniger Rechten am Arbeitsplatz und vollkommener Unsicherheit basiert.





Demonstration der mazedonischen Arbeiter am 1. Mai 2008. Foto: SIER

SPIELREGELN

Begleitet wird die Zunahme der prekären Arbeit vom Niedergang der Arbeitsmarktregulierung, der von solchen Institutionen wie der Weltbank vorangetrieben wird.

Jedes Jahr erstellt die Weltbank einen Bericht mit dem Titel *Doing Business*, der die Länder danach bewertet, wie einfach es ist, ein Geschäft zu eröffnen — und wieder zu schließen und die Beschäftigten zu feuern.

Im Jahr 2007 belegte die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien den vierten Rang und wurde besonders gelobt, weil sie die Zeit, die ein Arbeitnehmer ohne Kündigungsschutz befristet beschäftigt werden kann, auf *vier Jahre* ausdehnte.

Die mazedonischen Gewerkschaften widersetzten sich diesen Gesetzesänderungen mit dem Argument, dass keinerlei Rücksicht auf die langfristigen, negativen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer im Einzelnen und die Gesellschaft im Allgemeinen genommen wurde.

Zwar war das Ziel des Gesetzes die Schaffung von Arbeitsplätzen, doch stattdessen hat es dazu geführt, dass viele der mazedonischen Arbeitnehmer nun unter den prekärsten Bedingungen von ganz Europa arbeiten.

Die versprochenen Gewinne durch die Liberalisierung stellten sich hingegen nicht ein, und der Anteil der ausländischen Investitionen in Mazedonien ist nach wie vor der geringste der gesamten Region.

Zeitarbeit in Russland

Anton ist Traktorfahrer in einem Fordwerk in Sankt Petersburg. Er hat zwar einen festen Arbeitsvertrag, aber bei der Leiharbeitsfirma Akbest. „Hier im Werk gibt es viele Leiharbeiter, und es herrscht ein starker Wettbewerb zwischen den Leiharbeitsfirmen,“ erklärt Anton. „Abgesehen davon, dass die Firma, für die ich arbeite, von Ford ausgequetscht werden kann, ist mein Arbeitsplatz stabil. Aber selbstverständlich sind die mit Zeitarbeitsverträgen gefährdet.“

Trotz seiner relativen Arbeitsplatzsicherheit bedeutet Antons Vertrag, dass er weniger verdient als die direkt von Ford angestellten Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten. Er hat kein Recht auf die gleichen Sozialleistungen, wie sie im Ford-Tarifvertrag festgelegt sind, und kann keiner Gewerkschaft beitreten, ohne seine Arbeit zu verlieren.

„Ich verdiene 20.000,- Rubel (840,- US\$), während die Fordarbeiter 150% dieses Betrages verdienen. Das schlimmste ist, dass Ford für mich 30.000,- Rubel an Akbest zahlt, aber wie viel davon sehe ich eigentlich?“ fragt Anton.

Indem Ford Leiharbeiter einsetzt, überträgt das Unternehmen seine Verantwortung auf andere und begrenzt zudem den Zugang der Arbeiter im Werk zu einer Gewerkschaft. „Viele von uns würden einer Gewerkschaft beitreten. Aber dann würden sie uns sofort feuern,“ sagt Anton.

Weitere Informationen unter:
www.imfmatal.org/pw2

Büro von Akbest in St Petersburg



Organisiert Euch

Der beste Weg für regulär und prekär beschäftigte Arbeitnehmer, die Bedingungen für alle zu verbessern, ist, sich zusammenzuschließen und gemeinsam gegen prekäre Arbeit zu kämpfen. Die Organisation prekär beschäftigter Arbeitnehmer jedoch stellt für die etablierten Gewerkschaften eine Herausforderung dar.

Einige Gewerkschaften müssen womöglich ihre Statuten ändern, um Zeit- und Leiharbeiter auch organisieren zu können. Andere brauchen Strategien, um den Widerstand ihrer regulär beschäftigten Mitglieder zu überwinden. Zudem bedarf es dringend einer aktiven Gewerkschaftsstrategie, um die doppelte Belastung der Frauen durch Erwerbs- und Hausarbeit zu verringern, die diese in prekäre Beschäftigung zwingt.

Es mag für regulär beschäftigte Arbeitnehmer schwer sein, gemeinsame Sache mit Leuten zu machen, die in ihren Augen ihren Lohn und ihre Arbeitsbedingungen untergraben, aber das wirkliche Problem ist der sie spaltende Arbeitgeber.

Die Gewerkschaften müssen darauf vorbereitet sein, auf Branchenebene, quer durch die Unternehmen, zu organisieren und zu verhandeln. Wenn in einer einzigen Produktionslinie Arbeitnehmer von dutzenden unterschiedlicher Unternehmen beschäftigt werden und die Zuliefererkette noch hunderte andere Unternehmen einbezieht, werden Gewerkschaften, die nur in einem einzelnen Unternehmen vertreten sind, nicht in der Lage sein, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so in kollektive Maßnahmen einzubeziehen, wie das die Industriegewerkschaften können.

Im Jahr 2006 wandelte sich die Koreanische Metallarbeitergewerkschaft von einer Föderation von Firmengewerkschaften zu einer Industriegewerkschaft, um alle an einem Standort beschäftigten Arbeitnehmer vertreten zu können.

Starke Nationalgewerkschaften und internationale Bande zwischen ihnen sind unentbehrlich, um das System durch eine globale Mobilisierung herausfordern zu können.

Das Ziel hierbei ist die Sicherung von gewerkschaftlichem Schutz und die Durchführung von Kollektivverhandlungen im Namen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies zu erreichen verlangt von vielen Gewerkschaften signifikante organisatorische und kulturelle Veränderungen.

Manchmal kann dies bedeuten, mit anderen nicht-gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auch für die Rechte der prekären Arbeiter einsetzen, Allianzen zu schmieden.

Einige IMB-Mitgliedsorganisationen weisen schon heute den Weg:

- In Indonesien hat die Föderation der indonesischen Metallarbeitergewerkschaften (SPMI) 15.000 Zeitarbeiter organisiert und zielt darauf ab, diese Zahl bis 2009 zu verdoppeln.
- In Chile führte die Konföderation der Kupferminenarbeiter (CTC) nach vielen Jahren der Organisation von Minenarbeitern einen Streik durch, der im Jahr 2007 das Gesetz zur Regelung von Outsourcingprozessen stärkte.



Koreanische Metallarbeiter protestieren im Februar 2006 gegen das Gesetz zur irregulären Beschäftigung

Im Jahr 2006 erhob die koreanische Metallarbeitergewerkschaft Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation gegen die koreanische Regierung (Az. 2602) wegen Missachtung des Rechts von „irregulär“ Beschäftigten auf Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen und Arbeitskämpfmaßnahmen. Im Juni 2008 gab die ILO einen Zwischenbericht heraus, in dem die koreanische Regierung dazu aufgefordert wird, die Angelegenheit eingehend zu untersuchen und die mutmaßlichen anti-gewerkschaftlichen Massnahmen gegen falsch eingestellte Leiharbeiter zu beseitigen. Foto: IMB

Organisierung von Vertragsarbeitern in Indonesien

Sri Puji Lestari arbeitet seit zehn Monaten als Vertragsarbeiterin für das Elektronikwerk PT Evox Riva in Indonesien. Sie lebt in einem firmeneigenen Schlafräum und verdient 960.000 Rupien (104 US\$) im Monat, was dem örtlichen Mindestlohn entspricht.

Die Fabrik befindet sich in einer Sonderwirtschaftszone auf der Insel Batam, wo viele transnationale Konzerne Fertigungswerke eröffnet haben. Dort sind Tausende von Arbeitern beschäftigt, die Mehrzahl von ihnen sind Frauen. Vor einigen Jahren begannen die Gewerkschaften, die Arbeiterinnen und Arbeiter in Batam zu organisieren.

Sri Puji trat der Gewerkschaft Lomenik-SBSI einen Monat nach ihrem Eintritt in die Firma bei. „Ich habe mich der Gewerkschaft angeschlossen, um Schutz zu bekommen, damit es immer dann, wenn ein Problem auftaucht, auch Hilfe gibt.“ sagt sie. „Die Gewerkschaft hat mir ein Gefühl der Unterstützung gegeben, denn ich weiß, dass es da Leute gibt, die mir helfen können.“

„Ich weiß, dass die Arbeitnehmer nach drei Jahren als Vertragsarbeiter das Recht haben, eine feste Anstellung zu bekommen. Die Gewerkschaft unternimmt enorme Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmer fest angestellt werden.“ erklärt Sri Puji.

Auf die Frage, warum unbefristete Beschäftigung denn wichtig sei, antwortet sie: „Um eine bessere Zukunft zu haben.“

Weitere Informationen unter:
www.imfmetal.org/pw3



Sri Puji Lestari, Vertragsarbeiterin in Indonesien. Foto: IMB



FOTO: CHRISTOPHE PRESS

GEWERKSCHAFTSAUFBAU IN INDIEN

In den indischen Abwrackwerften verdienen Tausende von Arbeitern weniger als einen US-Dollar am Tag. Sie leben unter unvorstellbar schlechten Bedingungen und sind tödlichen Sicherheits- und Gesundheitsgefahren ausgesetzt.

Im Jahr 2003 begann eine lokale Gewerkschaft mit Unterstützung der indischen Föderation der Stahl-, Metall- und Maschinenbauarbeiter und dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund das Problem anzugehen, indem sie die Arbeiter mit sauberem Trinkwasser versorgte, Ratschläge zu Sicherheitsmaßnahmen gab, Erste-Hilfe-Kurse durchführte und dementsprechende Ausrüstung zur Verfügung stellte. Die sog. Projekt-Organiser klärten die Arbeiter zudem über ihre Rechte auf und ermutigten sie, eine Gewerkschaft zu gründen.

Das Projekt wurde 2006 auf die Abwrackwerften weiter im Norden, in Alang, ausgeweitet. Anfang 2008 organisierten etwa 250 Arbeiter unter dem Banner der durch das Projekt entstandenen Gewerkschaft, des Verbandes der Alang Soshiya Schiffsrecycling- und anderer Arbeiter, einen Streik, nachdem sie erfahren hatten, dass ihr Arbeitgeber die Lohntarife willkürlich herabgesetzt hatte.

Der 24-stündige Streik erwies sich als voller Erfolg. Der Arbeitgeber traf sich mit den Gewerkschaftsvertretern und willigte ein, die Löhne wieder zum alten Tarif zu zahlen.

Weitere Informationen unter: www.imfmetal.org/shipbreaking

Dauerhafte Lösung



Durch die Organisierung von prekär beschäftigten Arbeitnehmern können die Gewerkschaften Solidarität zwischen ihnen und den regulär beschäftigten Arbeitnehmern schaffen und die ganze Arbeitnehmerschaft in den Einflussbereich von Tarifverträgen bringen.

Es funktioniert aber auch anders herum: indem die Tarifpolitik dazu genutzt wird, sie zu schützen, können die Gewerkschaften den prekär Beschäftigten einen Grund geben, der Gewerkschaft beizutreten.

Prekäre Arbeit betrifft alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, egal ob sie nun prekär beschäftigt sind oder nicht. Wird den Arbeitgebern erlaubt, Zeitverträge auch dann zu abzuschließen, wenn es die Umstände nicht rechtfertigen, wird die Beschäftigungssicherheit der unbefristet Beschäftigten untergraben.

Indem sie über die Bedingungen, unter denen befristete oder ausgelagerte Beschäftigung gerechtfertigt ist, verhandeln, können die Gewerkschaften festlegen, welche Regeln und Konditionen gelten. In den Tarifverträgen müssen die Gründe für unregelmäßige Beschäftigung definiert und klare Grenzen festgesetzt werden.

Tarifverträge müssen zudem sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer gleich behandelt werden, egal, welchen rechtlichen Status sie haben, um sie so zu schützen und die Arbeitgeber gleichzeitig daran zu hindern, schlechtere Löhne und Bedingungen durchzusetzen, welche die reguläre Beschäftigung untergraben. Ziel sollte sein, zu gewährleisten, dass alle prekär beschäftigten Arbeitnehmer, einschließlich der Leiharbeiter, den gleichen Lohn und die gleichen Leistungen erhalten wie regulär beschäftigte Arbeitnehmer, damit die Arbeitgeber keinen Anreiz haben, erstere als Billigarbeitskräfte zu benutzen.

In den Tarifverträgen sollte auf direkter Beschäftigung statt der indirekten Einstellung durch Zeitarbeitsfirmen bestanden werden. Sonst wird den Arbeitgebern ermöglicht, sich ihrer Verantwortung zu entziehen und diese auf andere Firmen zu übertragen, die nicht tarifgebunden sind. Befristete Beschäftigte sollten zudem berechtigt werden, bei weiterem Bedarf ihrer Arbeitskraft zur Stammbesellschaft zu wechseln, sobald die Zeitgrenze des befristeten Vertrags erreicht ist. Den Arbeitgebern darf nicht erlaubt werden, Tricks wie die permanente Verlängerung oder Erneuerung von Zeitverträgen zu nutzen, ohne jemals einen festen Arbeitsplatz anzubieten.

WOFÜR WIR UNS EINSETZEN

Die Tarifpolitik sollte dafür sorgen, dass prekär beschäftigte Arbeitnehmer:

- unter den Schutz der Gewerkschaftsrechte gestellt werden,
- das Recht auf ordentliche Disziplinar- und Kündigungsverfahren haben,
- gleichen Lohn für gleichwertig Arbeit bekommen,
- nicht diskriminiert werden und gleiche Chancen haben,
- Zugang zu Fortbildung und Qualifikationsmaßnahmen bekommen.

Flächentarifverträge auf Branchenebene bieten die besten Möglichkeiten, auch den prekären Arbeiten Schutz zu gewährleisten.



In Großbritannien kamen die Industrie, die Gewerkschaften und die Regierung überein, dass Zeitarbeitern nach einer Einarbeitungszeit von 12 Wochen der gleiche Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen zustehen wie den regulär Beschäftigten.
Foto: John Harris/reportdigital.co.uk

LOHNANPASSUNG IN ARGENTINIEN

Die argentinische Gewerkschaft AOMA unterzeichnete eine nationale Rahmenvereinbarung im Zementsektor, nachdem sie eine systematische Organisierungskampagne an 15 Standorten durchgeführt hatte.

Die Gewerkschaft erklärt: „Die Organisierer nahmen sich der Branche an und gingen von Werk zu Werk, um über die Idee zu reden, Drittanbieter in den unternehmensweiten Tarifvertrag einzubinden, einschließlich der Pförtner und Wächter.“

Die Vereinbarung schafft die Unterscheidung zwischen „Arbeit der ersten Klasse“ und „Arbeit der zweiten Klasse“ ab und stellt die Löhne und Leistungen für die Beschäftigten gleich, die im Wesentlichen die gleiche Arbeit leisten.

Das Ergebnis, so die Gewerkschaft, „war, dass sich die Arbeiter besser durch die Gewerkschaft geschützt fühlten und sich dafür interessierten, dieser beizutreten.“ Da die Vereinbarung den gesamten Sektor umfasst, schafft sie zudem das Problem aus der Welt, dass ein Arbeitgeber sich weigert, die Bedingungen zu verbessern, weil er sonst Aufträge an einen Konkurrenten verliert.

“Gleiche Arbeit – Gleiches Geld” in Deutschland

Wilfried Rothe ist bei der Zeitarbeitsfirma Tuja beschäftigt und arbeitet im Audi-Werk in Ingolstadt. Im Jahr 2007 erreichten Wilfried und die anderen Zeitarbeiter im Rahmen eines Tarifvertrags zwischen ihrer Gewerkschaft IG Metall und den Zeitarbeitsfirmen am Standort, dass ihnen der gleiche Lohn wie den fest angestellten Arbeitern gezahlt wird.

Das bedeutet, dass Wilfried nun aufgrund des Tarifvertrages 50-60% mehr verdient als der Durchschnitt der Zeitarbeiter in der Metallindustrie.

Wilfried sagt: „Ich habe schon in anderen Werken als Zeitarbeiter gearbeitet. Am besten war es bei einer Firma in Holland, auch was den Lohn betrifft. Ich hatte gemischte Gefühle, als ich zu Audi geschickt wurde. Aber was ich hier erlebt habe, ist einfach großartig. Ich verdiene gutes Geld für meine Arbeit und wir Zeitarbeiter werden von unseren Kolleginnen und Kollegen wirklich gut angenommen.“

Im Jahr 2001 setzte Audi im Ingolstädter Werk erstmals Zeitarbeiter ein. Damals wurden 500 Arbeiter von Adecco in das Werk vermittelt und in einem Container-Dorf untergebracht. Die Verbesserung der Unterkünfte war die erste Forderung der Zeitarbeiter, die nach und nach der IG Metall beitraten – mit voller Unterstützung der festen Belegschaft.

IG Metall-Kampagne Gleiche Arbeit – Gleiches Geld: www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

Weitere Informationen unter:
www.imfmetal.org/pw4

Wilfried Rothe, Zeitarbeiter bei Audi. Foto: IG Metall



Die Balance zurückerobern

Prekäre Arbeit ist schlecht für die Arbeitnehmer — dagegen sollte es

Gesetze geben. Aus diesem Grund kämpften die Gewerkschaften um das Recht auf gute und sichere Arbeit.

Die Vereinten Nationen wissen, dass wir Recht haben — die 1945 vereinbarten Grundprinzipien des internationalen Arbeitsrechts legen fest, dass „Arbeit keine Ware ist“. Doch die Arbeitgeber der prekär Beschäftigten sehen Arbeit lediglich als einen weiteren Kostenfaktor, der so billig wie möglich gestaltet werden muss und nach Belieben wieder abgeschafft werden kann. Und das schadet den Arbeitnehmern.

In einigen Ländern führen die Gewerkschaften erfolgreiche Kampagnen zur Änderung der Gesetze durch. In Kanada etwa wurde im Arbeitsrecht eine neue Kategorie mit dem Namen „abhängige Arbeitnehmer“ geschaffen, um den Schutz auf die Beschäftigten auszuweiten, die nicht auf der regulären Gehaltsliste stehen.

Das argentinische Arbeitsgesetzbuch macht in der Tat keinen Unterschied zwischen den Rechten der Arbeitnehmer — ob sie nun für eine Vermittlungsfirma, eine Leiharbeitsfirma oder für andere „Zwischenhändler“ tätig sind. Der wahre Arbeitgeber ist immer für die Beschäftigten verantwortlich. Diese Schutzvorkehrungen wären ohne starke Gewerkschaften und die Macht ihrer Mitglieder, einen politischen Wechsel durchzusetzen, nicht möglich gewesen.

In andern Ländern haben die Gewerkschaften die Gerichte bemüht — mit ähnlichem Ergebnis. In Frankreich etwa urteilte der oberste Gerichtshof, dass Scheinselbständige, für die das Kundenunternehmen die Bedingungen und Preise festlegt, unter die Regelungen des Arbeitsgesetzes fallen.

Solche Erfolge sind ermutigend, aber es muss noch viel mehr getan werden. Die Arbeitgeber müssen per Gesetz gezwungen werden, ihren indirekten Beschäftigten die gleichen Arbeitsbedingungen anzubieten wie dem Stammpersonal. Die europäischen Gewerkschaften machen bei Ihren Forderungen nach europaweiten Gesetzen zur Gleichbehandlung von Leiharbeitern Fortschritte.

In manchen Ländern sind die erforderlichen Gesetzesänderungen eher grundlegender Art. In Bangladesch etwa hat das System der Firmengewerkschaften zur Folge, dass ein Leiharbeiter nicht der Gewerkschaft beitreten kann, die den direkt beschäftigten Arbeiter am gleichen Arbeitsplatz vertritt.

Zudem muss mehr getan werden, um sicherzustellen, dass die Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer auch wirklich eingehalten werden. In Indien und Korea wird die Nutzung von Vertragsarbeitern in der Kernproduktion per Gesetz limitiert, aber das hindert die Unternehmen nicht daran, die Produktion auf Subunternehmen zu übertragen und die Arbeiter im gleichen Werk bei geringerer Bezahlung und unter schlechteren Arbeitsbedingungen beschäftigen. Eine Kampagne für politische und gesetzliche Änderungen ist hier äußerst wichtig, und alle Gewerkschaften müssen dies unterstützen, um durchzusetzen, dass die Gesetze auch eingehalten werden.

linkes Foto: Cristián Cuevas Zambrano im Kampf um die Rechte der Zeitarbeiter in Chile.



AUSTRALIEN: GEMEINSAM FÜR DEN WANDEL

Im März 2006 führte die konservative Regierung in Australien neue Arbeitsgesetze ein und schaffte damit die meisten Grenzen für prekäre Arbeit, welche die Gewerkschaften in über hundert Jahren errungen hatten, ab.

Als Antwort darauf startete die Gewerkschaftsbewegung eine Kampagne mit dem Titel „Your Rights at Work“, um zunächst Tausende von Gewerkschaftsdelegierten und –funktionären und danach die Öffentlichkeit darüber zu informieren, wie notwendig gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverhandlungen für den Fortbestand stabiler und sicherer Arbeitsplätze sind.

Die Kampagne trug dazu bei, dass die Frage des Arbeitsschutzes ein zentrales Wahlkampfthema wurde, und im November 2007 wurde eine neue Regierung gewählt mit dem Versprechen, die Arbeitnehmerrechte wieder herzustellen. Im Juni 2008 kündigte die Regierung eine Reihe von neuen Beschäftigungsstandards an, welche einen Schritt darstellen, den von der Vorgängerregierung verursachten Schaden wieder gutzumachen.

Der Erfolg dieser Kampagne hing von der Einigkeit der Gewerkschaften, einer effizienten Kommunikation, der politischen Aktivierung der Mitglieder und dem Aufbau der Unterstützung in der Bevölkerung ab. Was beweist, dass es eben doch etwas bringt, selbst unter den schwierigsten Umständen, wenn alle Gesetze auf die Zerstörung der Gewerkschaftsbewegung abzielen, zurückzuschlagen.

ACTU-Kampagne „Your Rights at Work“: www.rightsatwork.com.au

Weitere Informationen unter: www.imfmetal.org/sr2-2008



Neues Gesetz in Chile

Im Januar 2007 trat in Chile ein neues Gesetz zur Untervergabe von Arbeit in Kraft, das den Vertragsarbeitern rechtlichen Schutz einräumt.

Cristián Cuevas Zambrano, Präsident der Kupferarbeiter in Chile sagt: „Es waren weder der Staat noch die Regierung, die diese Frage aufwarfen, sondern wir Arbeiter. Wir haben eine Debatte angestoßen, die dazu führte, dass dieses Gesetz verabschiedet wurde. Auch wenn wir mit dem Gesetz nicht ganz zufrieden sind – ohne den Kampf der Arbeitnehmer wäre es noch schwieriger, bei den Sozialleistungen und der Gesetzgebung Fortschritte zu machen.“

„Die Arbeitnehmer fühlen sich nun anders, denn sie haben festgestellt, dass keiner für sich alleine in der Lage ist, die gegenwärtige Lage zu verändern. Das Wirtschaftsmodell beruht darauf, die Gewerkschaften

klein, fragmentiert und ohne wirkliche Verhandlungsmacht zu halten. Und es ist inakzeptabel, dass die Unternehmensgewinne weiterhin auf der Basis von prekärer Beschäftigung gemacht werden,“ so Cristián.

Cristián zufolge geht es beim Thema prekäre Arbeit in Chile „nicht nur ums Geld, sondern um soziale, wirtschaftliche und kulturelle Fragen. Ein Vertragsarbeiter zum Beispiel, der die gleiche Arbeit wie ein unbefristet beschäftigter Arbeiter durchführt, trägt andere Sicherheitskleidung.“ Und Cristián fügt hinzu, dass „in Chile zwar Gesetze verabschiedet werden, sich der Gesetzgeber aber nicht um deren Einhaltung kümmert. Die einzige Möglichkeit, diese Situation zu korrigieren, ist durch die Organisation und Aktion der Arbeiter.“

Weitere Informationen unter: www.imfmetal.org/pw5

Globale Einheit



Prekäre Arbeit ist in allen Industrie- und Dienstleistungssektoren auf der ganzen Welt im Vormarsch.

Die Umkehr dieses Trends und die Wiedererlangung von Macht und Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung erfordert die gemeinsame Durchführung von industrieweiten und politischen Kampagnen auf nationaler und internationaler Ebene.

Unsere globale Einheit sollte zudem die Beschäftigten in allen Sektoren miteinander verbinden. Die globalen Gewerkschaftsverbände und der Internationale Gewerkschaftsbund arbeiten zusammen, um die zunehmende Tendenz der prekären Arbeit auf internationaler Ebene anzugehen.

Internationale Rahmenabkommen mit transnationalen Konzernen gehören zu den Mitteln, die im globalen Kampf gegen prekäre Beschäftigung helfen können. Diese Abkommen sollen sicherstellen, dass die Kernarbeitsnormen in allen Einrichtungen eines transnationalen Konzerns und seiner Zuliefererkette eingehalten werden. In Kombination mit Organisierungskampagnen und gewerkschaftlicher Überwachung können wir den Arbeitgebern zeigen, was wir erreichen können, wenn wir es gemeinsam angehen.

Im Jahr 2006 verabschiedete die Internationale Arbeitsorganisation die Empfehlung 198, die vorschlägt, dass die Regierungen eine nationale Politik formulieren und betreiben, die Unternehmen daran hindert, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Wir müssen auf alle Regierungen Druck ausüben, damit diese Gesetze verabschieden, die im Einklang mit dieser international vereinbarten Empfehlung stehen, den Arbeitnehmern besseren Schutz zu gewähren.

Und unsere nationalen und internationalen Bemühungen, die Politik und Verhandlungsergebnisse der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu beeinflussen, müssen auf eine Globalisierung abzielen, die Arbeitsnormen, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung nicht an die letzte, sondern an die erste Stelle setzt.

Es ist zudem unerlässlich, mit Organisationen, die unsere Anliegen teilen, breitere Bündnisse zu schließen. Viele der besonders betroffenen Arbeiter sind noch nicht gewerkschaftlich organisiert. Ihre Mobilisierung ist entscheidend, um nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung voranzutreiben und Armut zu bekämpfen.

Wir dürfen keine Zukunft zulassen, in der die Macht und die Profite der Konzerne auf der Zerstörung unserer Rechte und Sicherheit beruhen. Prekäre Arbeit betrifft uns alle: Mit der gemeinsamen Kraft aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können wir das Blatt wenden.

Handel, Entwicklung und Beschäftigung

Internationale Handelsabkommen tragen direkt zur Zunahme der prekären Beschäftigung in der gesamten Welt bei. Die Verhandlungen der Welthandelsorganisation über ein neues, weltweites Handelsabkommen zwischen den Mitgliedsstaaten wurden im Jahr 2000 eingeleitet und sind unter dem Begriff der Doha-„Entwicklungsrunde“ bekannt.

Die Gewerkschaften, insbesondere aus Argentinien, Brasilien, Südafrika und Indien, haben zusammengearbeitet, um Beschäftigungsfragen und Arbeitnehmerrechte in die Diskussionen einzubringen und sicherzustellen, dass die festgelegten Entwicklungsziele auch erreicht werden.

Rudi Dicks, politischer Koordinator beim Kongress Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU), sagt: „Dies soll angeblich eine Entwicklungsrunde sein. Aber das ist es nicht. Es ist eine Handelsliberalisierungsrunde, und sie ist schlecht für die Arbeitnehmer.“

Hilda Sanchez, Beraterin bei der Regionalorganisation für Gesamtamerika (IGB-TUCA) mit Sitz in Brasilien, erläutert: „Damit dies eine Entwicklungsrunde wird, müsste die Frage der Beschäftigung direkt ins Zentrum der Verhandlungen gerückt werden. Die Schaffung menschenwürdiger Arbeit kann nur bedeuten, Beschäftigung zu schaffen, welche die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft verringert.“

Zur Rolle der Gewerkschaften meint Rudi: „Im Rahmen des sozialen Dialogs mit den Regierungen sprechen wir nicht nur über die Arbeitsgesetze, sondern auch über Handelsfragen, da diese sich direkt auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken. Und die Mitglieder müssen wissen, was mit ihren Arbeitsplätzen geschieht, wenn die Zölle liberalisiert werden.“

Weitere Informationen unter:
www.imfmetal.org/pw6



Protest des IMB gegen prekäre Arbeit in Brasilien, November 2007. Foto: IMB

ILO – EMPFEHLUNG 198

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Unterorganisation der Vereinten Nationen, in der Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften rechtsverbindliche Arbeitsnormen verabschieden, einigte sich im Jahr 2006 auf eine neue Politik.

Um Gesetzeslücken zu schließen, die prekäre Arbeit wie etwa die Scheinselbständigkeit ermöglichen, schlägt die ILO den Regierungen vor, eine Politik zu verfolgen, die klar zwischen einem Beschäftigungsverhältnis und einem Geschäftsvertrag unterscheidet.

Wenn ein Arbeiter beispielsweise zu einem Auftraggeber in einer untergeordneten Beziehung steht, dieser Auftraggeber seine Arbeit kontrolliert und zudem der einzige Auftraggeber ist, dann sollte der betroffene Arbeiter als Arbeitnehmer und nicht als Subunternehmer betrachtet werden.

Die Regierungen sollen nun ihre Gesetze überarbeiten und mit der Empfehlung 198 in Einklang bringen, indem objektive Kriterien für die Definition des Begriffs „Beschäftigungsverhältnis“ geschaffen werden.

Darüber hinaus hat die ILO eine Resolution verabschiedet, in der die Regierungen dazu aufgefordert werden, die Gewerkschaften bei diesem Prozess der Anpassung der Gesetze an die ILO-Empfehlung zu konsultieren. Gewerkschaften sollten also Druck auf die Regierungen ausüben, damit diese genau das tun.

Die ILO-Empfehlung 198 kann unter www.ilo.org/ilolex/ heruntergeladen werden.



Internationaler Metallgewerkschaftsbund

54-bis, route des Acacias
Case Postale 1516
CH-1227 Genf, Schweiz
www.imfmetal.org



Europäischer Metallgewerkschaftsbund

International Trade Union House (ITUH)
Boulevard du Roi Albert II, 5 (bte 10)
B-1210 Brüssel, Belgien
www.emf-fem.org



IL LAVORO PRECARIO Colpisce tutti OTRYGGT ARBETE berör oss alla LE TRAVAIL PRÉCAIRE nous
concerne tous PREKÄRE ARBEIT betrifft uns alle НЕСТАНДАРТНАЯ ЗАНЯТОСТЬ касается каждого
EL TRABAJO PRECARIO nos afecta a todos 不安定労働は我々全てに影響する